FRIEDHOFSSATZUNG
DER GEMEINDE EICHENZELL


Friedhofssatzung

beschlossen:

I. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

§ 1
GELTUNGSBEREICH

Diese Friedhofssatzung gilt für die nachstehend genannten Friedhöfe der Gemeinde Eichenzell:

a) Friedhof Eichenzell (alter und neuer Friedhof)
b) Friedhof Löschenerod
c) Friedhof Kerzell (neuer Friedhof)
d) Friedhof Welkers
e) Friedhof Rönshausen
f) Friedhof Lütter
g) Friedhof Rothemann
h) Friedhof Büchenberg
i) Friedhof Zillbach
j) Friedhof Döllbach

§ 2
VERWALTUNG DER FRIEDHÖFE

Die Verwaltung der Friedhöfe obliegt dem Gemeindevorstand, im folgenden Friedhofsverwaltung genannt, bzw. von ihm beauftragten Dritten.
§ 3
FRIEDHOFSZWECK UND BESTATTUNGSBERECHTIGTE

(1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung und der Pflege der Gräber im Andenken an die Verstorbenen.

(2) Gestattet ist die Bestattung folgender Personen:
   a) die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde Eichenzell waren oder
   b) die ein Recht auf Benutzung einer Grabstätte auf dem Friedhof hatten oder
   c) die innerhalb des Gemeindegebiets verstorben sind und nicht auf einem Friedhof außerhalb der Gemeinde Eichenzell beigesetzt werden oder
   d) die frühere Einwohnerinnen und Einwohner waren und zuletzt in einem Pflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung außerhalb der Gemeinde Eichenzell gelebt haben oder
   e) totgeborene Kinder vor Ablauf des sechsten Schwangerschaftsmonats und Föten können auf Wunsch einer oder eines Angehörigen bestattet werden.

Die Bestattung derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde Eichenzell waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Ortsteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten.

(3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.

§ 4
BEGRIFFSBESTIMMUNG

(1) Unter einer Grabstätte ist ein für Bestattungen oder Beisetzungen vorgesehener, genau bestimmter Teil des Friedhofsgrundstückes mit dem darunter liegenden Erdreich zu verstehen. Eine Grabstätte kann eine (Reihen-) oder mehrere (Wahl-) Grabstellen umfassen.

(2) Unter einer Grabstelle ist der Teil der Grabstätte zu verstehen, der der Aufnahme einer menschlichen Leiche bzw. bei Urnengrabstätten einer Aschenurne dient.
§ 5
SCHLIEßUNG UND ENTWIDMUNG

(1) Ein Friedhof und Friedhofsteile können geschlossen oder entwidmet werden.


(3) Die Schließung und Entwidmung sind öffentlich bekannt zu machen.

II. ORDNUNGsvORSCHRIFTEN

§ 6
ÖFFNUNGSZEITEN

Die Friedhöfe sind während der durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten für den Besuch geöffnet. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang an den Friedhofseingängen bekanntgegeben. Sonderregelungen können durch die Friedhofsverwaltung getroffen werden.

§ 7
NUTZUNGSUMFANG


(2) Nicht gestattet ist innerhalb des Friedhofs:
   a) Das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht besondere Erlaubnis hierzu erteilt ist; ausgenommen von diesem Verbot sind Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung,
   b) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten,
   c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
   d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerblich zu fotografieren,
e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind sowie Informationsschriften der Friedhofsverwaltung,

f) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,

g) Abraum und Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen,

h) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde.

Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

(3) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens eine Woche vor Durchführung anzumelden.

§ 8
SITZGELEGENHEITEN

Ruhebänke und Stühle sowie sonstige Sitzgelegenheiten dürfen nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung an oder auf Grabstätten aufgestellt werden.

§ 9
GEWERBLICHE TÄTIGKEITEN AUF DEM FRIEDHOF

(1) Gewerbliche Tätigkeiten auf den Friedhöfen (insbesondere Steinmetze, Steinbildhauer, Gärtner, Bestatter, Tischler) bedürfen, soweit nicht Arbeiten im Auftrag der Friedhofsverwaltung durchgeführt werden, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.

(2) Die Zulassung erfolgt auf Antrag. Zuzulassen sind Gewerbetreibende, die

a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind und

b) diese Friedhofssatzung durch Unterschrift für alle einschlägigen Arbeiten als verbindlich anerkannt haben.

Über den Antrag wird unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage aller Unterlagen entschieden. Mit Ablauf dieser Frist gilt die Zulassung als erteilt.

(3) Die gewerblichen Tätigkeiten müssen mit dem Friedhofs­zweck vereinbar sein und dürfen Bestattungsfeierlichkeiten nicht stören.
(4) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung davon abhängig machen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen für die Ausführung ihrer oder seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.


(7) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind frühestens um 7.00 Uhr aufzunehmen und eine halbe Stunde vor Schließung des Friedhofs, spätestens um 20.00 Uhr, zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.


(9) Gewerbetreibenden, die wiederholt oder schwerwiegend gegen diese Friedhofssatzung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Friedhofsverwaltung die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen.

III. ALLGEMEINE BESTATTUNGSVORSCHRIFTEN

§ 10

BESTATTUNGEN

(1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen anzumelden.

(2) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen. Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.

(3) Ort und Zeit der Bestattung werden nach Absprache mit den Geistlichen durch die Friedhofsverwaltung festgelegt. Dabei werden Wünsche der für die Bestattung sorgepflichtigen Personen nach Möglichkeit berücksichtigt.

§ 11

NUTZUNG DER LEICHENHALLEN

(1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen, des Friedhofs personals, bzw. von der Friedhofsverwaltung beauftragten Dritten oder mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung betreten werden.

(2) Leichen müssen spätestens 36 Stunden nach dem Eintritt des Todes, jedoch nicht vor Ausfüllung des Leichenschaukastens oder einer Todesbescheinigung in die Leichenhalle des Friedhofs oder eine sonstige am Begräbnisort verfügbare öffentliche Leichenhalle gebracht werden. Als öffentliche Leichenhallen gelten die Leichenhallen von Krematorien, Krankenhäusern, Bestattungsunternehmen und Pathologischen sowie Rechtsmedizinischen Instituten.

(3) Leichen sind in verschlossenen Särgen in die Leichenhalle zu verbringen. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Die Särge dürfen nicht aus Metall, Kunststoff oder sonstigen schwer vergänglichen Stoffen hergestellt werden.

(4) Die Särge werden spätestens 15 Minuten vor Beginn der Trauerfeier bzw. der Bestattungszeit geschlossen und dürfen nicht mehr geöffnet werden. § 18 Abs. 2 Friedhofs- und Bestattungsgesetz bleibt unberührt. Bis dahin können die Angehörigen den Verstorbenen, sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, nach vorausgegangener Absprache mit dem Friedhofs personal oder der Friedhofsverwaltung sehen.

(5) Die Gemeinde Eichenzell haftet nicht für den Verlust von Wertgegenständen, die den Leichen beigegeben worden sind.

(6) Trauerfeiern können im Aufbewahrungsraum der Leichenhalle, am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.

(7) Der Transport des Sarges zur Grabstätte erfolgt ausschließlich durch das Friedhofs personal bzw. die Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter eines beauftragten Beerdigungs institutes oder durch von den Angehörigen des/der Verstorbenen beauftragten Personen.

§ 12

GRABSTÄTTE UND RUHEFRIST

(1) Die Gräber werden nur durch das Friedhofs personal bzw. durch Beauftragte der Friedhofsverwaltung ausgehoben, geöffnet oder geschlossen.

(2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Sargoberkante mindestens 0,90 m, bis zur Urnenoberkante mindestens 0,50 m.
(3) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese sofort mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen.


(5) Rechtzeitig vor einem Grabausbau hat der Antragsteller der Bestattung/Umbettung erforderlichenfalls für das Entfernen des vorhandenen Grabmals und anderer baulicher Grabanlagen sowie der Bepflanzung Sorge zu tragen.

(6) Über Ausnahmeregelungen entscheidet die Friedhofsverwaltung.

§ 13
TOTENRUHE UND UMBETTUNG

(1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.


(4) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller zu tragen.

IV. GRABSTÄTTEN

§ 14
GRABARTEN

(1) Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten, soweit solche auf dem jeweiligen Friedhof ausgewiesen sind, zur Verfügung gestellt:
   a) Reihengrabstätten,
   b) Wahlgrabstätten,
   c) Wahlgräber als Tieffräber,
   d) Urnengrabstätten (ein- und mehrstellig),
e) Feld für anonyme Urnenbeisetzung - Gemeinschaftsfeld,
f) Rasengräber und
g) Urnenwände/Urnenstelen.

(2) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.

Die Friedhofsverwaltung bestimmt in welcher Reihenfolge die einzelnen Abteilungen und Gräber belegt werden.

§ 15
NUTZUNGSRECHTE AN GRABSTÄTTEN


(2) Bei Streitigkeiten zwischen den Beteiligten über Rechte an Grabstätten, über die Verwaltung oder Gestaltung einer Grabstätte oder eines Grabmals kann die Friedhofsverwaltung bis zur gültlichen Einigung oder rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über diese Streitigkeiten die erforderlichen vorläufigen Regelungen treffen.

§ 16
GRABBELEGUNG

(1) In jeder Grabstelle darf während des Laufs der Ruhefrist grundsätzlich nur eine Erdbestattung vorgenommen werden.

(2) Es ist zulässig, eine mit ihrem neugeborenen Kind verstorbene Mutter oder zwei zur gleichen Zeit in ihrem ersten Lebensjahr verstorbene Kinder in einem Sarg beizusetzen.

(3) In bestehenden Grabstätten für Erdbestattungen dürfen Urnen hinzu bestattet werden. Ein Rechtsanspruch auf Hinzubestattung besteht jedoch nicht.

§ 17
VERLEGUNG VON GRABSTÄTTEN

A. REIHENGRABSTÄTTEN

§ 18
DEFINITION DER REIHENGRABSTÄTTE


§ 19
MAßE DER REIHENGRABSTÄTTEN

(1) Es werden eingerichtet:
   a) Reihengräber für die Beisetzung Verstorbener bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
   b) Reihengräber für die Beisetzung Verstorbener ab vollendetem 5. Lebensjahr.

(2) Die Reihengrabstätten haben (je nach Lage) folgende Maße:
   1. Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr
      Länge: 1,20 m
      Breite: 0,60 m
      Abstand: 0,50 m (zwischen den Reihengrabstätten)
   2. Für Verstorbene ab vollendetem 5. Lebensjahr
      Länge: 2,25 m
      Breite: 1,00 m
      Abstand: 0,50 m (zwischen den Reihengrabstätten)

(3) In bestehenden Grabfeldern werden die seitherigen Maße beibehalten.

§ 20
WIEDERBELEGUNG UND ABRÄUMUNG

(1) Über die Wiederbelegung von Reihengrabstätten, für die die Ruhefrist abgelaufen ist, entscheidet die Friedhofsverwaltung.

(2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen vor der Wiederbelegung ist 3 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen.
B. WAHLGRABSTÄTTEN

§ 21
DEFINITION, ENTSTEHUNG UND ÜBERGANG DES NUTZUNGSRECHTES


(2) Das Nutzungsrecht entsteht auf Antrag. Die oder der Nutzungsberechtigte hat das Recht auf Bestattung oder Beisetzung nach seinem Ableben sowie im Falle des Erwerbs einer mehrstellige Wahlgrabstätte das Recht auf Bestattung oder Beisetzung ihrer oder seiner verstorbenen Angehörigen in dem Wahlgrab. Angehörige im Sinne dieser Bestimmung sind:

1. Ehegatten,
2. Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz,
3. Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister,
4. Ehegatten und Lebenspartner der unter Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Personen.

Die Bestattung oder Beisetzung anderer Personen in dem Wahlgrab bedarf der Einwilligung der Friedhofsverwaltung.

(3) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte kann nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung und nur auf Angehörige im Sinne des § 21 Abs. 2 übertragen werden.

(5) Das Recht auf Beisetzung in einer Wahlgrabstätte läuft mit der Nutzungszeit ab. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung jedoch nur stattfinden, wenn die Ruhefrist für diese Beisetzung die Nutzungszeit nicht übersteigt oder ein Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist für diese Beisetzung erworben worden ist. Eine Ausnahme bedarf der vorherigen Zustimmung durch die Friedhofsverwaltung.

§ 22

MAßE DER WAHLGRABSTÄTTEN

(1) Jede Grabstelle eines Wahlgrabes hat folgende Maße:

   1.1 Mehrstellige Gräber (Doppelgräber)
       Länge: 2,25 m
       Breite: 1,00 m
       Abstand: 0,50 m (zwischen den Wahlgrabstätten)

   1.2 Tiefengräber
       Länge: 2,25 m
       Breite: 1,00 m
       Abstand: 0,50 m (zwischen den Wahlgrabstätten)

(2) In bestehenden Grabfeldern werden die seitherigen Maße beibehalten.

C. URNENGRABSTÄTTEN

§ 23

FORMEN DER ASCHENBEISETZUNG

(1) Aschen dürfen beigesetzt werden in

   a) Urnenreihengrabstätten,
   b) Urnenwahlgrabstätten,
   c) Grabstätten für Erdbestattungen,
   d) einem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen und
   e) Urnenwänden/Urnenstelen

(2) In Urnenreihengrabstätten, Urnenwahlgrabstätten, in einem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen und in Grabstätten für Erdbestattungen können Aschenurnen nur unterirdisch beigesetzt werden.
§ 24
DEFINITION DER URNENREIHENGABSTÄTTEN

(1) Urnenreihengrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist zur Beisetzung einer Aschenurne abgegeben werden. Eine Verlängerung des Nutzungsrechtes oder ein Wiedererwerb ist nicht möglich.

(2) Die Urnenreihengrabstätten haben folgende Maße:
   Länge: 0,75 m
   Breite: 0,75 m

(3) In bestehenden Grabfeldern werden die seitherigen Maße beibehalten.

§ 25
DEFINITION DER URNENWAHLGRABSTÄTTEN

(1) Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 40 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Der Ersterwerb eines Nutzungsrechts ist nur möglich anlässlich eines Todesfalles.

(2) Die Urnenwahlgrabstätten haben folgende Maße:
   Länge: 0,75 m
   Breite: 0,75 m

(3) In bestehenden Grabfeldern werden die seitherigen Maße beibehalten.

§ 26
VERWEISUNGSNORM

(1) Die Vorschriften dieser Friedhofssatzung über Reihen- und Wahlgrabstätten für Erdbestattungen gelten für Urnengräber entsprechend, soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt.

(2) Nach Ablauf der Ruhefrist und Erlöschen des Nutzungsrechtes ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die beigesetzten Aschenurnen zu entfernen. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofs in würdiger Weise der Erde übergeben.
§ 27
URNENWÄNDE/URNENSTELEN

(1) Urnenwände/Urnenstelen werden auf ausgewählten Friedhöfen der Gemeinde Eichenzell angeboten.


(3) Nach Ablauf der Ruhefrist und Erlöschen des Nutzungsrechts ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die beigesetzten Aschenurnen und ihre Behältnisse zu entfernen. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofs in würdiger Weise der Erde übergeben.


§ 28
FELD FÜR ANONYME URNENBESETZUNGEN

D. RASENGRABSTÄTTEN

§ 29

DEFINITION DER RASENGRABSTÄTTEN

(1) Auf den Friedhöfen der Gemeinde Eichenzell werden Grabfelder für Erdbestattungen in Rasengrabstätten für die Dauer der Ruhefrist zur Verfügung gestellt, die ausschließlich mit Rasen einzusäen sind. Rasengrabstätten bestehen nur, soweit diese auf dem jeweiligen Friedhof ausgewiesen wurden.

(2) Die Kennzeichnung der Grabstätte erfolgt durch bodengleiche, in einheitlicher Linie, angebrachte Schriftplatten mit den Maßen 60 cm x 50 cm (Länge x Höhe), sowie eine umlaufende Mähkante mit einer Breite von 12 cm. Sie müssen eine Stärke aufweisen, die der Überfahrbarkeit mit Großmähgeräten standhalten.

(3) Das Abstellen von Pflanzschalen, Blumenvasen, Kerzenhaltern, Weihwassergefäßen u.ä. ist auf den Rasengräbern nicht gestattet.


(5) Jede Grabstelle einer Rasengrabstätte hat folgende Maße:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Länge</th>
<th>2,25 m</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Breite</td>
<td>1,00 m</td>
</tr>
</tbody>
</table>

V. GESTALTUNG DER GRABSTÄTTEN

§ 30

ALLGEMEINE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN

Für sämtliche Friedhöfe gelten folgende allgemeine Gestaltungsvorschriften:

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofs zweck sowie die Würde des Ortes und die Pietät gewahrt werden.


4. Firmenbezeichnungen dürfen nur an Grabmalen, und zwar in unauffälliger Weise seitlich, angebracht werden.


§ 31
MAẞE DER GRABMALE

(1) Auf Grabstätten für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

a) Auf Reihengräbern für Verstorbene bis zu 5 Jahren:

1. Stehende Grabmale
   Höfe: 0,60 m bis 0,80 m
   Breite: 0,45 m
   Mindeststärke: 0,14 m

2. Liegende Grabmale
   Breite: bis 0,35 m
   Höchstlänge: 0,40 m
   Mindeststärke: 0,14 m.

b) Auf Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahren:

   1. aa) Stehende Grabmale
       Höfe: 0,75 m bis 1,20 m
       Breite: 0,45 m bis 0,75 m
       Mindeststärke: 0,14 m bis 0,16 m

       bb) Stele (Grabsäule)
           Höfe: 1,50 m
           Breite: 0,60 m
           Mindeststärke: 0,18 m

   2. Liegende Grabmale
       Breite: bis 0,50 m
       Höchstlänge: 0,70 m
       Mindeststärke: 0,14 m

c) Auf Wahlgrabstätten:

   1. Stehende Grabmale
      aa) bei einstelliger Wahlgräbern / Tiefgrab
          Höhe: 0,75 m bis 1,20 m
          Breite: 0,60 m bis 0,75 m
          Mindeststärke: 0,15 m bis 0,18 m
bb) bei zwei- und mehrstellige Wahlgräbern sind auch folgende Maße zulässig:
   Höhe: 0,75 m bis 1,20 m
   Breite: bis 1,40 m
   Mindeststärke: 0,14 m bis 0,22 m

cc) Stele (Grabsäule)
   Höhe: 1,50 m
   Breite: 0,60 m
   Mindeststärke: 0,18 m

2. Liegende Grabmale
   aa) bei einstelliger Grabstätten:
       Breite: bis 0,50 m
       Länge: bis 0,90 m
       Mindesthöhe: 0,16 m
   bb) bei zweistelliger Grabstätten:
       Breite: bis 1,00 m
       Länge: bis 1,20 m
       Mindesthöhe: 0,18 m
   cc) bei mehr als zweistelliger Grabstätten:
       Breite: bis 1,20 m
       Länge: bis 1,20 m
       Mindesthöhe: 0,18 m

d) Auf Urnengrabstätten sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

1. Auf Urnenreihengrabstätten:
   aa) Stehende Grabmale
       Höhe: 0,50 m bis 0,90 m
       Breite: bis 0,50 m
       Mindeststärke: 0,14 m
   bb) Liegende Grabmale
       Breite: bis 0,40 m
       Höchslänge: bis 0,40 m
       Höhe der Hinterkante: 0,15 m

2. Auf Urnenwahlgrabstätten:
   aa) Stehende Grabmale
       Höhe: 0,50 m bis 0,90 m
       Breite: bis 0,50 m
       Mindeststärke: 0,14 m
   bb) Liegende Grabmale
       Breite: bis 0,60 m
       Länge: bis 0,50 m
       Höhe der Hinterkante: 0,16 m

(2) Alle Höhenangaben der stehenden Grabmale beinhalten die Höhe des Grabmales einschließlich eines evtl. Grabmalsockels.

(3) Unbeschadet der Vorschrift des § 30 kann der Friedhofsträger Ausnahmen von den Vorschriften der Abs. 1 bis 2 zulassen.
§ 32
GENEHMIGUNGSERFORDERNIS FÜR GRABMALE UND GRABEINFASSUNGEN


(3) Die Errichtung und jede Veränderung sonstiger Grabausstattungen, die auf Dauer angebracht werden sollen, wie Weihwassergefäße, Kerzenhalter, besondere Steine für Inschrift usw., bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal, die Grabeinfassung oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Zustimmung errichtet worden sind.


§ 33
STANDSICHERHEIT

(1) Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks, die in den Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks (Versetzrichtlinien) festgelegt sind, so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
Mit dem Antrag auf Zustimmung gem. § 32 Abs. 2 sind schriftliche Angaben über die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente vorzulegen. Falls durch die danach vorgesehene Fundamentierung und Befestigung eines Grabmals dessen Standsicherheit nicht gewährleistet erscheint, kann die Friedhofsverwaltung die erforderliche Änderung vorschreiben. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Abhilfe verlangen.


(4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofs erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmung zu beteiligen.

§ 34

BESEITIGUNG VON GRABMALEN UND -EINFASSUNGEN


Kommen die Nutzungsberechtigten dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, ein Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren.


Sofern Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die entstehenden Kosten zu tragen.

VI. HERRICHTUNG; BEPFLANZUNG UND UNTERHALTUNG DER GRABSTÄTTEN

§ 35
BEPFLANZUNG VON GRABSTÄTTEN


(3) Auf den Grabstätten dürfen nur Kränze, Grabgebinde oder ähnlicher Grabenschmuck abgelegt werden, die ausschließlich unter Verwendung von verrottbaren Materialien hergestellt sind.

(4) Verwelkte Blumen und Kränze sind durch die Nutzungsberechtigten von den Grabstätten zu entfernen. Geschieht dies nicht, so kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist die Blumen und Kränze ohne Ankündigung beseitigen.

Blumen und Kränze sowie sonstiger von Grabstätten abgeräumter pflanzlicher Grabenschmuck dürfen nur in die eigens dafür aufgestellten Behältnisse bzw. den dafür eingerichteten Plätzen abgelegt werden.

Seite 19 von 23
(5) Zur Unkraut- und Schädlingsbekämpfung dürfen keine Mittel verwendet werden, die eine Grundwasserverunreinigung verursachen können.

(6) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung von gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

(7) Gießkannen, Spaten, Harken und andere Geräte dürfen nicht auf den Grabstätten oder hinter den Grabmalen und in den Anpflanzungen aufbewahrt werden.

§ 36
HERRICHTUNGSVERPF LICHTUNG UND FRIEDHOFSWÜRDIGE UNTERHALTUNG

(1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 35 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden.

(2) Alle Grabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung bzw. der zuletzt vorgenommenen Beisetzung hergerichtet werden.


VII. SCHLUSS- UND ÜBERGANGSVORSCHRIFTEN

§ 37
ÜBERGANGSREGELUNG

(1) Bei Grabstätten, über welche die Gemeinde bei Inkrafttreten dieser Friedhofssatzung bereits verfügt hat, bestimmt sich die Nutzungsdauer und die Gestaltung nach den zum Zeitpunkt des Erwerbs des Nutzungsrechts geltenden ortsrechtlichen Vorschriften.

(2) Vor dem Inkrafttreten dieser Satzung entstandene Nutzungsrechte von unbegrenzter Dauer werden je nach Grabart auf die nach dieser Satzung für Reihengräber bzw. Wahlgräber geltende Nutzungsdauer begrenzt. Die Nutzungsdauer endet jedoch nicht vor Ablauf der Ruhefrist der zuletzt vorgenommene Beisetzung; ist die Ruhefrist für die zuletzt vorgenommene Beisetzung bereits abgelaufen, endet die Nutzungsdauer 12 Monate nach Inkrafttreten dieser Satzung.
(3) Vor dem Inkrafttreten dieser Satzung aufgestellte Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen sind innerhalb 3 Monaten nach Ablauf der Ruhefrist bei Reihen- und Urnenreihengrabstätten bzw. nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl-, Tief- und Urnenwahlgrabstätten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Erfolgen der Abbau und die Entsorgung durch die Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragte, sind die hierfür entstehenden Kosten nach der jeweiligen Gebührenordnung zum Zeitpunkt der Durchführung der Arbeiten zu erstatten. Kommen die Nutzungsberechtigten ihren Verpflichtungen nach S. 1 nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte auf deren Kosten abräumen zu lassen.

§ 38
LISTEN

(1) Es werden folgende Listen geführt:


b) Eine Namenskartei der beigesetzten Personen unter Angabe des Beisetzungszeitpunktes.

c) Ein Verzeichnis nach § 33 Abs. 4 dieser Friedhofssatzung.

(2) Zeichnerische Unterlagen, Gesamtpläne, Belegungspläne und Grabmalentwürfe sind von der Friedhofsverwaltung zu verwahren.

§ 39
GEBÜHREN

Für die Inanspruchnahme (Benutzung) des Friedhofs und seiner Einrichtungen und Anlagen sowie für damit zusammenhängende Amtshandlungen der Friedhofsverwaltung sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgeübrenordnung zu entrichten.

§ 40
HAFTUNG

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Sie haftet nicht für Diebstahl. Im übrigen haftet die Gemeinde nur für Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
§ 41
ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

a) außerhalb der gem. § 6 festgelegten Öffnungszeiten den Friedhof betritt oder sich dort aufhält,

b) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. a Friedhofswege ohne Erlaubnis mit einem Fahrzeug befährt,

c) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. b Waren oder gewerbliche Dienste anbietet,

d) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. c an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,

e) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. f den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise betritt,

f) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. g Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze ablegt,

g) entgegen § 7 Abs. 2 Nr. h Tiere mitbringt,

h) entgegen § 9 Abs. 1 gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof, ohne vorherige Zulassung durch die Friedhofsverwaltung, ausführt,

i) entgegen § 9 Abs. 7 gewerbliche Arbeiten an Sonn- oder Feiertagen oder außerhalb der festgelegten Zeiten ausführt,

j) entgegen § 9 Abs. 8 Werkzeuge und Materialien außerhalb genehmigter Stellen lagert oder gewerbliche Geräte an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs reinigt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 1.500,00 €, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung bis 750,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.

(3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.
§ 42

HINWEISE ZUM DATENSCHUTZ

Für die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten im Vollzug dieser Satzung gelten die EU-Datenschutz-Grundverordnung, das Bundesdatenschutzgesetz sowie die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Landes Hessen in der jeweiligen geltenden Fassung.

§ 43

INKRAFTTREten / AUßERKRAFTTREten

Diese Satzung tritt am 01.01.2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Friedhofssatzung der Gemeinde Eichenzell vom 24.05.2012 außer Kraft. § 37 bleibt unberührt.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt:

Eichenzell, den 13.12.2018

Gemeinde Eichenzell
Der Gemeindevorstand

[Unterschrift]

Dieter Kolb
Bürgermeister